

Newsletter

Nr. 18/2024

Liebe Leserinnen,
Liebe Leser,

nach zwei Wahlkreiswochen ging es für mich am Montag wieder zur Sitzungswoche nach Berlin. Was dort bei einer Themenfülle aus außen- und innenpolitischen Themen erneut augenscheinlich wurde, ist eine Ampel-Koalition, die völlig an der Bevölkerung vorbeiregiert.

Bezeichnend dafür ist die Legalisierung von Cannabis. Künftig sollen Besitz und Konsum unter bestimmten Bedingungen straffrei sein. Trotz geäußerter Bedenken von zahlreichen Seiten – seien es Justiz, Polizei, Lehrer oder Ärzte – drückt die Ampel das Gesetz durch und ignoriert dabei alle Warnungen und Kritik. Im parlamentarischen Verfahren wurden die Schutzregeln, etwa für Kinder und Jugendliche, sogar noch aufgeweicht!

Das ist nicht nur unter gesundheitlichen Aspekten fatal, sondern auch in höchstem Maße verantwortungslos. Wichtige Fragen über Folgewirkungen eines legalen Cannabiskonsums im Straßenverkehr oder am Arbeitsplatz sind nur unzureichend geklärt. Doch Minister Lauterbach, dem der Schutz der Gesundheit anvertraut ist, zeigt sich stur. Sicherlich entspricht er damit einem kleinen Teil der Bevölkerung, der seit Jahren für die Legalisierung eintritt. Doch die überwiegenden Bedenken werden schlichtweg ignoriert.

Leider ist die Cannabislegalisierung damit kein Einzelfall. Die Ampelregierung scheint den Bezug zu den Bürgerinnen und Bürgern völlig verloren zu haben. Anstatt nach Lösungen für die wirklich drängenden Probleme zu suchen, wird ein ideologisches Projekt nach dem anderen vorangetrieben.

Viel Freude beim Lesen!

The
Nina Warken

Deutschland braucht eine echte außen- und sicherheitspolitische Zeitenwende

Zwei Jahre ist es her, dass Russland am 24. Februar 2022 mit seinem brutalen Angriff auf die Ukraine den Krieg, der bereits 2014 mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und dem Konflikt in der Ostukraine begann, in katastrophalem Ausmaß zurück auf unseren Kontinent gebracht hat. Schon zehn Jahre kämpft das ukrainische Volk aufopferungsvoll für seine Freiheit, die Rückerlangung der territorialen Integrität seines Landes und die Bewahrung seiner politischen Souveränität – zentrale Säulen des Völkerrechts. Dabei kämpfen die Ukrainer auch für unsere Werte, die liberale, regelbasierte Ordnung und somit für die Sicherheit ganz Europas.

Trotz dieser Bedrohungslage ist Deutschland von einem strategischen Paradigmenwechsel weit entfernt. Die vom Bundeskanzler in seiner Rede vom 27. Februar 2022 ausgerufene „Zeitenwende“ ist über das Stadium der Ankündigung nicht hinausgekommen. Die „Nationale Sicherheitsstrategie“ der Bundesregierung kratzt nur an der Oberfläche und zieht keine operativen Schlussfolgerungen für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik.

Wir als Unionsfraktion sind der Meinung, dass Deutschland verlässlich seinen sicherheitspolitischen Beitrag im europäischen und transatlantischen Bündnis leisten muss. Nur so können wir Frieden, Freiheit und Wohlstand in Deutschland und Europa bewahren. Allem voran muss die Ukraine das Maß an Unterstützung erhalten, welches sie für einen Sieg gegen Russland benötigt. Die Bundesregierung muss jetzt aktiv werden, denn noch zwei weitere Jahre Zeitenwende in Zeitlupe kann sich unsere Sicherheit nicht leisten!



Bildquelle: CDU/CSU-Bundestagsfraktion

FÜR FRIEDEN UND FREIHEIT:
IN EUROPA UND AUF DER WELT

BERICHT
AUS **BERLIN**

EINLADUNG
via Webex



Di. 19.03.2024



18:00 Uhr

**JETZT
VORMERKEN!**

In Sitzungswochen möchte ich Euch künftig hautnah und direkt Einblicke in aktuelle Themen und Debatten aus dem Deutschen Bundestag liefern. Ich möchte Euch dabei von meiner Arbeit in Berlin berichten und von Euch wissen, was Euch bewegt!

Bitte wählen Sie sich unter folgendem Link zur Veranstaltung ein:

Meeting-Link: <https://deutscherbundestag-ylh.my.webex.com/deutscherbundestag-ylh.my/j.php?MTID=m481652672d74c9f834a868389be98760>

Meeting-Passwort: BerichtAusBerlin

Außerdem ist auch eine Teilnahme per Telefon möglich:

Einwahlnummer: +44-20-7660-8149

Zugriffscod: 2384 463 2575

Eröffnung der Denkschmiede in Lauda



Bildquelle: Linda Hener

Mit der feierlichen Eröffnung der Denkschmiede ist das erste Coworking Space im Main-Tauber-Kreis gestartet. In Lauda können künftig Arbeitsplätze sowie der Besprechungsraum „Freiraum“ stunden-, tage- oder monatsweise mit einer App flexibel gemietet werden. Dieses Konzept zahlt voll auf eine Arbeitswelt im Wandel ein und bietet neue Möglichkeiten für Freiberufler, Pendler und Gründer. Zugleich ist die Denkschmiede ein Raum für Austausch und Innovation.

Mit der Denkschmiede, der offenen Werkstatt für Jugendliche und dem Digital Hub hat sich die Futurelabs gGmbH besonders der Förderung junger Menschen verschrieben und zeigt dabei zugleich auf, welche Chancen im ländlichen Raum liegen. Vielen Dank an Dr. Gunther Wobser und alle Mitstreiterinnen und Mitstreiter, die dieses großartige Projekt ermöglicht haben!

Politischer Aschermittwoch der CDU Baden-Württemberg in Fellbach



Bildquelle: Marcel Ditrich

In einer bis auf den letzten Platz gefüllten Alten Kelter hat die CDU Baden-Württemberg ihren traditionellen Politischen Aschermittwoch begangen. Zünftige Reden und gute Stimmung zeichnen den größten politischen Stammtisch des Landes seit jeher aus. Und so war es auch in diesem Jahr, als der Landesvorsitzende Manuel Hagel MdL und der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Jens Spahn MdB das Wort an die rund 1.500 Gästen richteten.

Mit Kritik an der Ampel-Koalition wurde dabei nicht gespart. Gleichzeitig wurde aber auch deutlich, dass Deutschland stark, nur eben schlecht regiert ist. Mit einer besseren Politik, so waren sich die beiden Redner einig, könne nicht nur Vertrauen in der Bevölkerung zurückgewonnen, sondern auch die AfD in Schach gehalten werden.

Besuch auf dem Creglinger Pferdemarkt



Bildquelle: Büro Warken

„Nimm' die Hufe in die Hand, komm nach Creichl!“ – diesem Aufruf bin ich gerne gefolgt und war auf dem Creglinger Pferdemarkt unterwegs. Nach einem Frühstück bei der BAG Creglingen ging es weiter zum Sektempfang in der Musikhalle.

Schon seit über 100 Jahren ist neben der Pferdeprämierung und dem Krämermarkt der traditionelle Festumzug ein besonderes Highlight des Pferdemarkts. Weit über die Stadtgrenzen hinaus bekannt, steht der Pferdemarkt für Regionalität, den Fokus auf heimische Landwirtschaft, traditionelles Handwerk und lokale Wirtschaft. Eine schöne Tradition!

Treffen des Amorbacher Kreises



Bildquelle: Marcel Schreck

Das alljährliche Treffen des „Amorbacher Kreises“, bei dem Vertreter von CDU und CSU aus Bayern, Baden-Württemberg und Hessen zusammenkommen, fand dieses Jahr in Walldürn-Gerolzahn statt. Auf Einladung von Karl Neuser, dem Initiator und ehemaligen Bürgermeister von Amorbach, kamen Alexander Hoffmann MdB, Minister Peter Hauk MdL und Landrat Dr. Achim Brötel sowie Bürgermeister, Gemeinde- und Stadträte nach Gerolzahn, um sich über aktuelle Themen auszutauschen.

Bei der Diskussion der aktuellen bundes- und geopolitische Lage wurden die Schwerpunkte vor allem auf den Haushalt, Migration und die Gesundheitspolitik gelegt. Themen waren außerdem die Ergebnisse der jüngsten Landtagswahlen in Bayern und Hessen sowie die aktuellen Herausforderungen auf kommunaler Ebene.

Zu Gast beim Politischen Aschermittwoch in Bisingen



Bildquelle: Büro Widmann-Mauz/Benedikt Schweizer

gen erzielt werden können, bleiben wichtige Zukunftsprojekte auf der Strecke. Die Folgen sind eine zunehmende Entfremdung der Bürgerinnen und Bürger, aber auch eine spürbare Verschlechterung im politischen Diskurs mit der Opposition.

Auf Einladung meiner Bundestagskollegin Annette Widmann-Mauz war ich zum Gast beim Politischen Aschermittwoch in Bisingen und habe dort vor gut gefüllter Halle eine Rede gehalten.

Dabei machte ich deutlich, dass nach zwei Jahren Ampel-Regierung der Frust und die Verunsicherung bei vielen Menschen so groß sind wie nie. Das belegt auch eine aktuelle Befragung des ARD-Deutschlandtrends, nach der etwa 80 Prozent der Deutschen unzufrieden mit der Regierung sind. Davon bekommt die Ampel allerdings nicht viel mit – sie erinnert vielmehr an die Musikkapelle auf der Titanic, die munter weiterspielt, während das Schiff sinkt. Untätigkeit, Planlosigkeit und Ignoranz gegenüber eigenen Fehlern ziehen sich wie ein roter Faden durch das Regierungshandeln. Während vor allem bei ideologischen Vorhaben wie dem Heizungs- oder Selbstbestimmungsgesetz Einigungen erzielt werden können, bleiben wichtige Zukunftsprojekte auf der Strecke. Die Folgen sind eine zunehmende Entfremdung der Bürgerinnen und Bürger, aber auch eine spürbare Verschlechterung im politischen Diskurs mit der Opposition.

Meine Rede zu: „Meinungsfreiheit gegen staatliche Übergriffe schützen – Kritik ist kein Extremismus“



Bildquelle: CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Kräfte versuchen, die Menschen zu bevormunden. Und hierin sehe ich eine echte Gefahr für unsere Demokratie. Denn wenn wir Probleme nicht mehr ansprechen, wenn jeder, der auf einen Missstand hinweist, ausgegrenzt oder gar als rechtsextrem abgestempelt wird, dann wenden sich die Menschen bei der Wahl – in einer gewissen Hilflosigkeit – radikalen Parteien zu, um damit ein Zeichen zu setzen.

Dagegen geht man nicht vor, indem man Kritik – zum Beispiel an der Regierung – kleinhält, sondern indem man eine offene Debatte führt, und zwar über die Themen, die die Menschen bewegen. Indem man die Menschen und ihre Sorgen ernst nimmt. Und indem man gut regiert.

Zur „Aktuelle Stunde“ auf Verlangen der AfD-Fraktion „Meinungsfreiheit gegen staatliche Übergriffe schützen – Kritik ist kein Extremismus“ habe ich heute im Plenum eine Rede gehalten.

Dabei habe ich den wichtigen Stellenwert der Meinungsfreiheit betont: „Demokratie kann ohne Meinungsfreiheit nicht existieren. Die Meinungsfreiheit ist das Herzstück unserer Gesellschaft, die Essenz unserer politischen Kultur.“ Für mich ist dabei klar, dass alles, was von der verfassungsrechtlich garantierten Meinungsfreiheit gedeckt ist, auch erlaubt sein muss – auch wenn es unangenehm ist. Das nämlich unterscheidet uns gerade von den autoritären Regimen, die nur eine politische Gesinnung zulassen.

Aktuell gewinnen allerdings viele Menschen in unserem Land den Eindruck, dass diese notwendige Debatte nicht mehr so möglich ist, weil politische oder gesellschaftliche

Aktion zum Red Hand Day



Bildquelle: CDU/CSU-Bundestagsfraktion/
Michael Wittig

Kein Einsatz von Kindern als Soldatinnen und Soldaten! In einer Vielzahl von Ländern werden Minderjährige als Kindersoldaten missbraucht. Etwa 250.000 Mädchen und Jungen werden damit weltweit auf brutalste Weise ihrer Kindheit beraubt. Sie erfahren schon in jungen Jahren Unvorstellbares.

Am internationalen Red Hand Day haben wir gemeinsam ein Zeichen gegen den Einsatz von Kindersoldaten gesetzt. Die Kinderkommission des Bundestags hat dafür die roten Handabdrücke von uns Bundestagsabgeordneten gesammelt, die sie im Anschluss der UN-Sonderbeauftragten für Kinder und bewaffnete Konflikte übergibt.

Folgen Sie mir auch auf...

Wirtschaftswende – Sofortprogramm für die deutsche Wirtschaft



Bildquelle: CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die wirtschaftlichen Aussichten für Deutschland trüben sich im Jahr 2024 weiter stark ein. Schon im Jahr 2023 schrumpfte die Wirtschaft um 0,3 Prozent, darunter das produzierende Gewerbe um 1,5 Prozent. Zahlreiche Unternehmen verlagern Teile oder gar die gesamte Produktion aufgrund der ungünstigen Wirtschaftsbedingungen in das europäische oder außereuropäische Ausland. Die Ampel-Regierung hat Deutschland auf einen Pfad der Rezession, der Deindustrialisierung und des wirtschaftlichen Abstiegs geführt.

Deutschland braucht jetzt eine Wirtschaftswende. Wir sind ein starkes Land mit viel ökonomischer Substanz, tatkräftigen Arbeitnehmern und innovativen Unternehmen. Zur Entfaltung dieser Stärke muss die Bundesregierung die Rahmenbedingungen des Standorts Deutschland deutlich verbessern.

Friedrich Merz MdB und Alexander Dobrindt MdB haben den Bundeskanzler in einem Brief aufgefordert, neben mittel- und langfristigen Maßnahmen zur Stärkung der strukturellen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft jetzt ein Paket aus Sofortmaßnahmen auf den Weg zu bringen.

Dieses Sofortprogramm umfasst zwölf Punkte, darunter die steuerliche Begünstigung von Überstunden für Vollzeitbeschäftigte; die Einführung von strengeren Sanktionen für Bürgergeldbezieher, wenn die Arbeitsaufnahme verweigert wird; die vollständige Rücknahme der von der Bundesregierung geplanten Steuererhöhung für Landwirte; sowie die dauerhafte Senkung der Stromsteuer auf das europäische Minimum (0,05 Cent/kWh) und die Halbierung der Netzentgelte.

Bundesweite Einführung einer Bezahlkarte für Asylbewerber



Bildquelle: CDU Baden-Württemberg

Die gemeinsam mit dem Bundeskanzler tagende Ministerpräsidentenkonferenz vom 6. November 2023 hat die Forderung der Union aufgegriffen, Asylbewerberleistungen zukünftig bundesweit über eine Bezahlkarte auszuzahlen. Mit der Bezahlkarte sollen Barauszahlungen an Leistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz eingeschränkt und dadurch Möglichkeiten zum Missbrauch der staatlichen Unterstützung – etwa in Form von Zahlungen an Schlepper oder Überweisungen ins Ausland – erschwert werden. Asylbewerber erhalten nicht weniger Leistungen, sondern diese nur in anderer Form. Zugleich können Bezahlkarten dazu beitragen, den Verwaltungsaufwand bei den Kommunen zu reduzieren.

Ende Januar hat die Arbeitsgruppe der Länder einen wichtigen Schritt in Richtung einer bundesweiten Einführung einer Bezahlkarte genommen und gemeinsame Rahmenbedingungen beschlossen. Die Länder halten darin unter anderem einstimmig fest: Damit die Bezahlkarte bundesweit volle Wirkung entfalten kann, braucht es Änderungen des

Asylbewerberleistungsgesetzes. Nur dann ist die Bezahlkarte rechtssicher, nur so können eine Klagewelle und Rechtsunsicherheit vermieden werden.

Doch wieder einmal streitet die Ampel über die nötigen nächsten Schritte. Die Grünen haben erklärt, keiner Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes zustimmen zu wollen. Aus ihrer Sicht – und entgegen der einhelligen Meinung der Experten aus den Ländern – bräuchte es keine Gesetzesänderungen. Das führt dazu, dass das Vorhaben im Streit der Ampel feststeckt.

Die Grünen müssen ihre ideologisch motivierte Blockade sofort beenden. Das haben wir am Donnerstag in einer „Aktuellen Stunde“ eingefordert. Es ist unverantwortlich, dass die Grünen diese Gesetzesänderung blockieren – entgegen den Verabredungen in der eigenen Koalition.

Wir fordern den Bundeskanzler dazu auf, endlich für Ordnung in seiner eigenen Koalition zu sorgen und diese wichtige Maßnahme zur Begrenzung der irregulären Migration endlich auf den Weg zu bringen. Wenn wir die illegale Migration nach Deutschland in den Griff bekommen wollen, sind derartige Schritte unverzichtbar.

Folgen Sie mir auch auf...

Fotogalerie



Bildquelle: Büro Warken

Austausch mit dem Ganztagsgymnasium Osterburken



Bildquelle: Büro Warken

Mit Andreas Jung, Julia Klöckner und Franziska Hoppermann



Bildquelle: Büro Warken

Besuch des GovTech Campus in Berlin



Bildquelle: CDU Baden-Württemberg

Auf der Intergastra mit dem Landesvorstand der CDU



Bildquelle: Büro Warken

Auf dem Weg zur Namentlichen Abstimmung



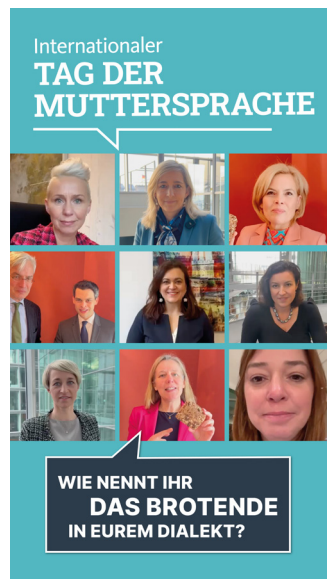
Bildquelle: Büro Ziemliak

Gespräch mit Paul Ziemliak

#SocialMedia



WIEDER EIN GUTER AUSTAUSCH
BEI MEINEM NEUEN FORMAT
BERICHT AUS BERLIN



Internationaler
TAG DER MUTTERSPRACHE

WIE NENNT IHR
DAS BROTENDE
IN EUREM DIALEKT?



Diese Woche
im Plenum:

Regierungsbefragung Bundesfinanzminister und Bundesbildungsministerin

Mandate für Auslandseinsätze der Bundeswehr

Verlängerung der Arbeit der Enquete-Kommission „Lehren aus Afghanistan für das künftige vernetzte Engagement Deutschlands“

Anträge der Fraktion:

Leitantrag: Für eine echte Zeitenwende in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik

Wirtschaftswende jetzt – Sofortprogramm für die deutsche Wirtschaft

Nationale Grenzkontrollen verlängern, bis EU-Außengrenzen wirksam geschützt sind

NINA
WARKEN



CDU

Weshalb die
Legalisierung von
Cannabis
gefährlich ist.



Telefon: 030 227-78102, E-Mail: nina.warken@bundestag.de, Internet: nina-warken.de

IMPRESSUM

Dieser Newsletter ist ein Rundbrief von Nina Warken MdB (CDU).
Alle Beiträge und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Herausgeber: Nina Warken MdB (verantw.), Platz der Republik 1, 11011 Berlin.
Erstellung & Layout: Elke Nuss, Texte: Nina Warken/Team Warken.
Bildnachweis/Copyright: Tobias Koch (Titel S. 1)